Walther L. Bernecker

Spaniens anhaltende Krisen: von der politischen Blockade und dem Rechtspopulismus zur Gefährdung des Staatsmodells

Titel verweist bereits auf eng miteinander verwobene Problemkomplexe. Einige sind eher konjunkturell, andere struktureller Natur. Probleme struktureller Art sind der Wandel des Parteiensystems, das Fehlen klarer Mehrheitsverhältnisse im Parlament, das fragile Identitätsbewusstsein in Spanien, unterbliebene politische und strukturelle Reformen in der Transition, die nach wie vor nicht aufgearbeitete Kriegs- und Diktaturerfahrung, das nicht gelöste Regionalproblem. Probleme eher konjunktureller Natur – oft in Verbindung mit denen struktureller Art – sind die prekäre Wirtschafts- und Finanzsituation, die im europäischen Kontext überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit, das Auseinanderdriften der politisch-ideologischen Flügel, die politischen Blockaden und – damit zusammenhängend – die Instabilität der Zentralregierung seit mehreren Jahren.

Politisches und Parteiensystem: Seit Jahren Abnahme des Konsenses der Transition wegen der Legitimitätskrise des politischen Systems. Quellen der neuen-Interpretation: Aufkommen der Erinnerungskultur; demokratischer Pakt wird als Verrat an den Unterlegenen im Bürgerkrieg gedeutet, keinerlei Rechenschaftsablegung wegen der Verbrechen der franquistischen Diktatur; Konstruktion eines alternativen Mythos bei Idealisierung der Zweiten Republik; zunehmende Gefahr für die Einheit Spaniens aufgrund der radikalen Nationalismen (zuerst Baskenland, heute Katalonien). Aus der Transition ging ein imperfektes stabiles Zweiparteiensystem hervor, Konsens zwischen den großen Parteien über grundsätzliche Staatsfragen wie Marktwirtschaft, Staatseinheit, Zugehörigkeit zur EU, Verfassung. 2008 Beginn einer tiefgreifenden Wirtschafts- und Finanzkrise (Arbeitslosigkeit, Lohnreduzierung), die zu einer Krise des Staatsmodells (Regierbarkeit, Sezessionismus) und einer Krise der politischen Führung (Misstrauen der Bürger in die Politik und die Politiker) führte. Als Folge der Teilkrisen: Legitimitätskrise des politischen Systems; neue Bewegungen: Gesamttransformation der Demokratie.

Neue Protestbewegung der „Empörten“ (15M 2011) wegen hoher Jugendarbeitslosigkeit, fehlender Perspektiven und enormer Korruption. Neue politische Optionen: Podemos und Ciudadanos. Zwei-Parteien-System wird zu einem Vier-Parteien-System (heute: Fünf-Parteien-System) bei starken politischen Zustimmungsschwankungen. In den Folgejahren: Abspaltungen von Podemos (Errejón: Más País), Verunsicherung bei Ciudadanos wegen starker Schwankungen und Ausschlägen von der bürgerlichen Mitte zur Rechten und zurück. Neuentstehung einer rechtsradikalen und rechtspopulistischen Partei (Vox) auf dem Nährboden der Migrationsproblematik und des sich weiter radikalisierenden Katalonienproblems. Heute sind im Parlament fünf „nationale“ Parteien vertreten (PSOE, PP, Cs, Podemos, Vox), die sich als kompromissunfähig erweisen, sich gegenseitig blockieren, eine Regierungsbildung unmöglich machen und zu vier Parlamentswahlen in vier Jahren geführt haben.

Politische Entwicklung, Wahlen: Anfang Juni 2018 überraschender Sturz von Ministerpräsident Mariano Rajoy durch ein parlamentarisches Misstrauensvotum. Neuer Regierungschef Pedro Sánchez (PSOE), Bildung einer Minderheitsregierung. Misstrauensantrag war erfolgreich, da er unmittelbar nach Verkündung der Urteile im „Gürtel“-Prozess erfolgte, in dem zahlreiche PP-Politiker und Unternehmer zu langjährigen Haftstrafen verurteilt worden waren. Der Prozess war das gravierendste Korruptionsverfahren in der spanischen Geschichte; in ihm bezeichneten die Richter die Konservative Partei als ein „effizientes System der institutionellen Korruption“. Gewaltiger Ansehensverlust des PP. Neuer Vorsitzender des PP wurde Pablo Casado.

Bilanz der Regierung Rajoy (2011-2018): sehr durchwachsen. Sie hat nicht einmal ansatzweise eine Lösung für das katalanische Unabhängigkeitsproblem anvisiert, sondern sich auf ein Aussitzen und eine Judizialisierung des Unabhängigkeitsproblems beschränkt; während der PP-Regierungszeit verarmte ein erheblicher Teil der spanischen Bevölkerung weiter, die Löhne sanken, vor allem die Jugendlichen sahen sich einer aussichtslosen Arbeitssituation gegenüber, die zu massiver Auswanderung zwang; die staatlichen Sozialleistungen wurden gekürzt, die Einkommensverteilung entwickelte sich auseinander, die Korruption in der Partei (PP) nahm derartige Ausmaße an, dass diese den Ministerpräsidenten schließlich seinen Posten als Regierungschef kosteten und die Partei in der Wählergunst abstürzen ließen.

Bei Parlamentswahlen vom 28. April 2019 Etablierung eines 5-Parteien-Systems (PSOE, PP, Cs, UP, Vox). Abermalige Minderheitsregierung des PSOE. Durch Einzug der Rechtspopulisten von Box in das Parlament kehrte europäische „Normalität“in Spanien ein (Unterschied zum restlichen Europa: die extremen Rechtspopulisten bleiben Europa zugewandt). Bei den vierten Parlamentswahlen (10. November 2019) in vier Jahren: wenig Veränderungen im politischen Panorama, aber endlich Ende der Blockade und Bildung einer linken Minderheits- und Koalitionsregierung von PSOE und UP wegen Tolerierung durch ERC und Bildu. Novum in der spanischen Demokratie. Schwerpunkte der neuen Regierung: Sozial- und Innenpolitik: Ende der konservativen Konsolidierungspolitik? Rückgängigmachung der konservativen Arbeitsmarktreformen, Erhöhung des Mindestlohns, weitere soziale Verbesserungen. Neues europapolitisches Selbstbewusstsein (Josep Borrell EU-Außenbeauftragter). Parlamentarisch sehr schwach fundierte Regierung; äußerst ungewisse Perspektiven.

Ausblick: Ende eines politischen Zyklus durch Generationenwechsel an der Spitze der Parteien? Alle politischen Formationen werden von relativ jungen Politikern geführt (Pedro Sánchez, Pablo Casado, Albert Rivera, Pablo Iglesias, Santiago Abascal). Im Parlament auf absehbare Zeit keine klaren Mehrheitsverhältnisse mehr, Zwang zu Verhandlungen, Kompromissen und Koalitionen. Dadurch Ende der Blockaden? (Bisher: Blockade durch politische Polarisierung (> Lagerdenken), in der Katalonienfrage, beim Migrationsdruck < Hintergründe der Instabilität und unklaren Mehrheitsverhältnisse.

Territorialorganisation des Staates: ungelöstes Problem seit der Frühen Neuzeit; die nationale Kohäsion ist vergleichsweise gering, Ergebnis der Eigenarten der Konstruktion Spaniens als Staatsnation. Integrationsfähigkeit der zentripetalen Kraft Kastilien ist im Schwinden begriffen. Es gibt kaum „Staatspolitiken“, die Vorstellung eines allgemein-nationalen Interesses ist gering. Radikalisierung des Problems in Katalonien seit dem Scheitern des zweiten Autonomiegesetzes und der Nichtanerkennung des Begriffs „Nation“ für Katalonien. Bei vorgezogenen katalanischen Regionalwahlen 2015 absolute Mehrheit der Sitze im katalanischen Parlament für die Unabhängigkeitsbefürworter (allerdings nur 47,7 % der Wählerstimmen). Im Frühjahr 2016 Vorbereitung durch die Parlamentsmehrheit in Barcelona der „Abtrennungsgesetze“ von Spanien. Zunehmende Konfrontation zwischen Barcelona und Madrid, auch im juristischen Sektor. September 2016: Ankündigung von Präsident Carles Puigdemont eines “einseitigen Unabhängigkeitsreferendums“ in Katalonien binnen eines Jahres. Am 1. Oktober 2017 Durchführung des illegalen, vom spanischen Verfassungsgericht verbotenen Referendums gegen vielerlei Warnungen von Seiten Madrids. Gewaltszenen, die von den Unabhängigkeitsbefürwortern propagandistisch ausgeschlachtet wurden. Symbolische Unabhängigkeitserklärung Kataloniens am 27.10.2017. Inkraftsetzung des Artikels 155 CE, Staatsintervention in Katalonien (bis Dezember 2017)

In der Folge: Flucht vor der spanischen Justiz von Carles Puigdemont, Gefangennahme von zwölf führenden Organisatoren des illegalen Referendums, 2019 Prozess gegen „Procés“ (Urteilsverkündung: Oktober 2019, hohe Haftstrafen, gefolgt von massiven Ausschreitungen in Katalonien). Momentan keine Kompromissbereitschaft von Seiten der katalanischen Sezessionisten. Ganz im Gegenteil: Aufruf zu Missachtung von Gesetzen, zu Gesetzesübertretungen, Druck auf Zivilbevölkerung. Entwicklung hin zu einem anomischen Staat. Die vom Staatsanwalt vorgetragenen Anklagepunkte der Rebellion, des Aufstandes (sedición) und der Veruntreuung öffentlicher Mittel wurden auf die letzteren beiden Punkte reduziert. Spaltungen und unterschiedliche Strategien in den separatistischen Parteien. Zukunft völlig offen.

Migrationsproblematik: Spanien wurde im 21. Jahrhundert vom Auswanderungs- zum Einwanderungsland. 1998:1,6 % Ausländer (ca. 500.000 Personen); 2011 Maximum an Ausländern (5,7 Millionen); heute ca. 4,5 Millionen (10 % der Bevölkerung). Veränderungen in der nationalen Zusammensetzung der Einwanderer: zuerst (neben Marokkanern) überwiegend Europäer, heute vor allem Lateinamerikaner und Rumänen (neben Schwarzafrikanern). Gute Zusammenarbeit mit Marokko und Mauretanien. Inzwischen ist Spanien das Land Europas, in dem regelmäßig die meisten Flüchtlinge ankommen (Marokkaner, Venezolaner – 300.000, Nordafrikaner), in den letzten Jahren 30.000-50.000 pro Jahr. Neuerdings Rückgang der Migranten auf das Festland, aber Zunahme der Migration auf die Kanarischen Inseln. Im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts verlor Spanien mehr als eine Viertelmillion Menschen, die zumeist nach Europa auf der Suche nach Arbeit auswanderten. Nach 2016 wurden diese Menschen Verluste wieder kompensiert.

Wirtschafts- und Sozialproblematik: Mit Ausbruch der Krise 2008 musste Spanien erhebliche Sparanstrengungen unternehmen. Ziel: Reduktion der öffentlichen Schuldenquote. Allerdings Misserfolg bei der Reduktion der absoluten Staatsverschuldung und der Verschuldung im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung. Vor allem die Autonomen Gemeinschaften verschuldeten sich weiter. Jahre später kritisierten Wirtschaftswissenschaftler die Spanien von außen („Troika“) auferlegte Austeritätspolitik als „kontraproduktiv“, da der Binnenkonsum und damit die Steuereinnahmen deutlich sanken und die Rezession verschärft wurde. Nach 2017/2018 deutliches Wirtschaftswachstum. Vor allem Export und binnen nachfrage stiegen wieder an, wobei der Arbeitsmarkt der wunde Punkt des Aufschwungs blieb.

Zwischen 2008 und 2018 sanken während der Regierungszeit der Konservativen Löhne und Gehälter um 35 Milliarden €; im gleichen Zeit Raum reduzierten sich die staatlichen Investitionen in das Gesundheitswesen um 37 %, in die Bildung um 50 % und in die Infrastruktur um 60 %. Die Rezession jener Jahre produzierte viele Langzeitarbeitslose; 2018 gab es immer noch 16,5 % Arbeitslose, 2019 waren es knapp 15 % (bei Jugendlichen: 25 %). Die Reserven in der Rentenversicherung hatten zu Beginn der Regierung Rajoy (2011) über 60 Milliarden € betragen, heute weist das Sozialversicherungssystem ein Defizit von 18 Milliarden € auf, da in der Zwischenzeit kaum sozialversicherungspflichtige und unbefristete Arbeitsplätze geschaffen werden konnten. Gleichzeitig schrumpfte die Bevölkerung (2016 etwa kam ein Fünftel weniger Kinder zur Welt als 2008).

Probleme der Erinnerungskultur: Das Problem besteht seit der Transition, da in jener prekären Übergangsphase die Aufarbeitung der Vergangenheit nicht ernsthaft in Angriff genommen wurde. Seit Jahrtausendwende ergriff die Zivilgesellschaft immer deutlicher die Initiative, exhumierte Leichen von willkürlich Erschossenen, betrieb Aufklärungsarbeit, erzwang schließlich 2007 ein „Erinnerungsgesetz“, das den Staat verpflichtete, bei den Umbettungen logistisch und finanziell zu helfen. Während der Regierungszeit der Konservativen geschah praktisch nichts, erst in den letzten Jahren sind verstärkte staatliche Aktivitäten zu bemerken. Hauptversprechen von Ministerpräsident Pedro Sánchez: Er würde die Leiche Francos aus dem Valle de los Caídos umbetten lassen. Sofortiger und massiver Widerstand von Seiten der Familie Franco, des Priors des Benediktinerordens, dem die

Obhut des Valle anvertraut ist, der Stiftung Francisco Franco und vieler rechtsradikaler Organisationen. Zähes Ringen während eines ganzen Jahres, Durchlaufen aller juristischen Instanzen, Anfragen bei spanischer Bischofskonferenz und Vatikan. Schließlich: Exhumierung der Leiche im Oktober 2019 und erneute Bestattung in El Pardo auf dem Friedhof Mingorrubio neben seiner Frau Carmen. Das Thema beschäftigte monatelang das Land und lässt erkennen, wie gespalten Spanien nach wie vor bezüglich seiner Vergangenheit ist. Öffentliche Meinung: 51 % der Bevölkerung sind völlig oder einigermaßen mit der Umbettung einverstanden, 28 % lehnen sie kategorisch ab. Die Frage bleibt offen, was mit dem Valle in Zukunft geschehen soll. Die Rede ist von einem Museum, einem Besinnungszentrum zur Erinnerungskultur, jedenfalls von einer Stätte für alle Spanier, die nicht mehr trennt, sondern vereint. Wie mit den zehntausenden von Skeletten im Innern der Basilika umgegangen werden soll, ist momentan noch völlig offen.

Weitere Aspekte der Erinnerungskultur: Die Interpretationen zu Bürgerkrieg, Diktatur und Demokratie haben sich wieder voneinander entfernt. Die vorübergehende Annäherung der verschiedenen Interpretationen im Zuge der Transition mit dem Ziel der nationalen Wiederversöhnung haben Platz gemacht für einseitig-parteiische Deutungen, wie sie schon im Bürgerkrieg und während des Franquismus bestanden. Außerhalb (nur selten innerhalb) des universitären Betriebes kommt es wieder deutlich zu orthodoxen frühfranquistischen Interpretationen mit klarer Rehabilitierung Francos und seines Regimes. Auch diese neuere Interpretationsspaltung ist Ausdruck der Spaltung der spanischen Gesellschaft.

Zu Andalusien: hohe Aktualität des Korruptionsproblems: Skandal um die ERE (illegale Abzweigung öffentlicher Gelder während der Jahrzehnte langen Regierungszeit der Sozialisten). Im größten Prozess der spanischen Demokratie 507 Angeklagte und 146 Einzelprozesse. Hauptangeklagte: die früheren Regionalpräsidenten Manuel Chaves und José Antonio Griñán (beide PSOE) es geht um die Veruntreuung von 680 Millionen €, damit Bezahlung unzulässiger und illegaler vor Ruhestand Renten von vielen tausenden Andalusiern. Urteil im November 2019 hohe Strafen (Griñán sechs Jahre Gefängnis) für Mitglieder der Regierungen von Andalusien zwischen 2002 1009, die ein „betrügerisches System“ und ein klientelistisches Netzwerk zur Sicherung von Wahlsiegen geschaffen haben. Massiver Vertrauensverlust in die Sozialisten. Daher auch Abwahl des PSOE nach ununterbrochener Regierungszeit von 37 Jahren bei den Regionalwahlen von Dezember 2018. Bildung einer Koalitionsregierung von PP und Cs (Minderheitsregierung bei Duldung durch Vox). Vox kommt erstmals in ein Regionalparlament (zwölf Mandate): „Andalusische Allianz“. Neuer Ministerpräsident: Juan Manuel Moreno (PP).

Parlamentswahlen vom 10. November 2019 in Andalusien: PSOE erhielt 24 Abgeordnete (von 61), Vox verzeichnete einen erheblichen Anstieg (von sechs auf zwölf Abgeordnete), PP legte von elf auf 14 Abgeordnete zu, UP verlor (Rückgang von neun auf sechs Abgeordnete) und Cs stürzte ab von elf auf drei Abgeordnete. Grundsätzlich lässt sich sagen je höher die Zahl der Einwanderer in der Region, desto höher der Anteil von Wählerstimmen für Vox. Unsicheres Zukunftsszenario.